

Replik auf Albrecht Müller „Entscheidend ist, was wächst. Produktionssteigerung bringt Arbeitsplätze, garantiert Wohlstand und sichert den Platz im internationalen Wettbewerb“, in: Frankfurter Rundschau vom 26. Juli 2005

Bürgervergessen – Weshalb eine Politik des Wachstums und der Produktionssteigerung nicht dasselbe ist wie eine Politik der Freiheit

Von Sascha Liebermann

Unermüdlich hat Albrecht Müller in den vergangenen Jahren das Wort ergriffen, um manche Klischees, die in der deutschen Reformdebatte kursieren, argumentativ zu zerschlagen. Die einseitigen Diskussionen in der Öffentlichkeit, zu denen ebenso Verfechter wie Kritiker der Regierungspolitik beigetragen haben, hat er stets zu öffnen versucht. Daß die gegenwärtige Lage keineswegs eine Einbahnstraße ist und es für Probleme, vor denen wir stehen, nicht nur eine einzige Lösung gibt, mußte – so banal es erscheinen mag – immer wieder ausgesprochen werden. Nun hat er an diesem Ort jüngst fruchtbare Einwände gegen Vereinseitigungen und Vereinfachungen vorgebracht, die in manchem Plädoyer für ein Grundeinkommen anzutreffen sind. Doch seine Einwände sind selbst ebensolche Vereinfachungen, wie Müller sie stets bekämpft hat.

Klärend ist sein Hinweis auf irreführende Behauptungen wie diejenigen, die mit der These vom „Ende der Arbeit“ einhergehen. Sie haben schon manchen Einwand hervorgerufen und Differenzierungen notwendig gemacht. Doch ist Müllers Deutung keineswegs zwingend. Hinter den Vereinfachungen, die er kritisiert, lassen sich Zusammenhänge einer Politik der Freiheit deutlich machen, die ein bedingungsloses Grundeinkommen eröffnete. Sie antwortet auf die Frage: „Wie wollen wir leben?“, sie ist eminent praktisch und nur gestaltend zu beantworten.

Müllers Vorschlag, eine Politik der Vollbeschäftigung müsse es richten, dies sei die erste Aufgabe der Politiker, stellt nur einen Weg dar, der keineswegs selbstverständlich ist, auch wenn in seinen Ausführungen dies so erscheint. Das Wiedererreichen von Vollbeschäftigung, ein Ziel, das Erwerbsarbeit schon lange zum Selbstzweck erhoben hat, ist genausowenig notwendig. Ob wir überhaupt Vollbeschäftigung anstreben wollen, sie für erforderlich erachten, um unsere Zukunft zu gestalten, ist eine offene Frage.

Wir könnten genauso gut auf sie verzichten und die Freiheit des Einzelnen, und damit unseres Gemeinwesens, zum obersten Ziel erklären. Dazu müßten wir Bürger Entscheidungsmöglichkeiten wünschen und uns geben – Möglichkeiten etwa, die die Entscheidung darüber betreffen, wie wir unseren Beitrag zum Gemeinwohl leisten wollen. Erwerbsarbeit ist nur ein Weg, dies zu tun. Von einem volkswirtschaftlichen Problem, vor dem wir stehen, kann doch keine Rede sein, wenn wir das Wohlstandsniveau, auf dem wir leben, ernstnehmen. Weder geht es beim bedingungslosen Grundeinkommen um Maschinenstürmerei, noch um Wachstumspessimismus oder Produktivitätsschelte – es geht um die Frage: Was wollen wir, worin erkennen wir ein sinnvolles Leben? Unsere Antwort darauf ist bislang eindimensional und engstirnig: Erwerbsarbeit.

Angesichts der Bewußtlosigkeit, mit der unsere Parteien auf die Bundestagswahl zueilen, ist diese Frage drängender denn je. Eine öffentliche Auseinandersetzung um unsere Zukunft ist unerlässlich, da die Parteiprogramme ausschließlich in die Vergangenheit weisen. Nicht das „Ende der Arbeit“, als gäbe es nichts mehr zu tun, steht uns bevor. Wir könnten aber das „Ende der Arbeitsverpflichtung“ erreichen und damit mehr Freiheit, Rückgewinnung von

Lebenszeit für andere Interessen. Wenn sich uns heute die Lage so darstellt, daß wir zur Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen weniger menschlicher Arbeitskraft bedürfen als je zuvor, sollte nicht Arbeit, sondern Freiheit das erste Ziel sein.

Gegen solche Überlegungen wird nicht selten, vor jeder anderen Frage, die der Finanzierung aufgeworfen. Sie muß doch, will man ein Grundeinkommen einführen, beantwortet werden. Auch Müller fragt danach und moniert eine fehlende Berechnung in manchen Vorschlägen, die unterbreitet worden sind. Hier trifft Müller eine Wunde aller politischen Entscheidungen und damit auch seines eigenen Vorschlags: denn ohne Finanzierung keine Realisierung; die Frage der Finanzierbarkeit ersetzt aber nicht die Frage, ob wir es überhaupt wollen und vor allem: wie wir es wollen. Denn erst wenn wir wissen, was wir finanzieren wollen, können wir uns fragen, ob wir es finanzieren sollen und wie wir es finanzieren können. Je unwälzender eine Alternative, je weiter weg sie von beschrittenen Wegen ist, desto mehr muß erst einmal das Was der Finanzierung bestimmt werden – gerade für ein bedingungsloses Grundeinkommen, das allen Bürgern gewährt wird, gilt dieses Argument. Darüber wird geflissentlich hinweggesehen. Berechnungen müßten, sollen sie seriös sein, alle Effekte, alle Folgen und Konsequenzen, die mit der Einführung eines Grundeinkommens einhergingen, in Rechengrößen umsetzen. Schon hieran erkennt man, wie komplex die Sache ist: Alle sozialen Sicherungssysteme würden ja durch ein Grundeinkommen ersetzt, die Sozialverwaltung könnte erheblich reduziert werden, Kontrollen bedürfte es nicht mehr. Wertzerstörende Effekte unserer gegenwärtigen politischen Ordnung würden verschwinden, Potentiale frei. Wer will das alles überschauen können? Welche Möglichkeiten bestehen, um den Staatshaushalt zu erhöhen, ohne die Initiative des Einzelnen, sei es im allgemeinen, sei es zur Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen, zu schwächen, scheinen mir nicht ausgelotet.

Politischer Wille ist hierzu nötig, denn politische Gestaltung ist immer Gestaltung ins Ungewisse, in die Zukunft, von der keiner sagen kann, wie sie sein wird. Entscheidungen aber, die in der Gegenwart getroffen werden müssen, können im besten Falle hilfweise durch Berechnungen zukünftiger Geldströme gestützt werden. Solche Berechnungen beruhen auf Daten, die allenfalls die Vergangenheit abbilden, nicht aber die Zukunft; dies gilt auch für Berechnungen für das Grundeinkommen, wie sie schon länger vorliegen, z.B. von Helmut Pelzer und Ute Fischer. Hier zeigt sich nun die erste Schwierigkeit, die Grenze von Berechnungen: Wir wissen nämlich nicht, wie der Einzelne sich in der Zukunft entscheiden wird. Davon aber hängen z.B. die Wertschätzung von Gütern und damit Kaufentscheidungen ab. Es gibt zahlreiche Güter, die ihren Stellenwert kollektiven Lebensvorstellungen verdanken. Dies hat einen einfachen Grund: Wenn in einem Gemeinwesen die Leistung des Einzelnen sich vor allem daran bemißt, ob er eine Arbeitsleistung erbringt, werden Güter stärker nachgefragt, die genau dazu dienen, diese Leistung vorzuzeigen. Früher nannte man dies Statussymbole, deren Stellenwert man nicht unterschätzen sollte. Je monotoner die zu leistende Arbeit, je weniger erfüllend sie ist, je weniger deutlich ihr Gemeinwohlbeitrag, desto höheren Wert haben Güter, die den beruflichen Erfolg symbolisieren, Zeichen, die den Beitrag zum Gemeinwohl bekunden sollen. Nur wer das nötige Einkommen durch Arbeit erworben hat, kann sie sich leisten.

„Bedürfnisse“ sind keine Konstante, sie bilden sich auch entlang der Vorstellungen von einem sinnvollen Leben. Woher ihre Bedeutung für den Einzelnen rührt und wie sie sich verändern würde, gäbe es ein bedingungsloses Grundeinkommen, können wir vermuten. Mit einem solchen Einkommen drückte unser Gemeinwesen aus, daß ein sinnvolles Leben gar nicht zuallererst an Erwerbsarbeit gebunden ist, daß vielmehr die Bürger als Bürger anerkannt werden. Die Entscheidung, nicht erwerbsförmigen Interessen nachzugehen, wäre genauso legitim wie berufliches Engagement – das ist heute nicht so. Wo Erwerbsarbeit erste

Bürgerpflicht ist, gibt es keine Alternativen. Dort wird nur anerkannt, wer eine Gegenleistung erbringt, nicht aber der Bürger als Bürger, bedingungslos.

Weit gefehlt, wer glaubt, die Bürger würden „einfach so in den Tag hinein leben“, wie Müller unterstellt. Freiheit dazu, auszuloten, was man will, wofür man sich interessiert, ist eine große Herausforderung. Der Einzelne müßte, da das bedingungslose Grundeinkommen ihm die Freiheit gäbe, sich fragen, wie er sie nun nutzen will. Nur Zyniker können behaupten, unser Gemeinwesen würde im Fernsehkonsum versinken. Damit wollen sie nur die Arbeitsverpflichtung und ihr Mißtrauen in den Einzelnen rechtfertigen, das vor allem Ressentiment ist, nicht aber realistisch. Die Haltung, die sich darin zeigt, läßt sich auf den Punkt bringen: „Ich wüßte schon, wie ich meine Freiheit nutze, aber die anderen doch nicht“. Bildungsstand, Aufgeklärtsein, Reflexionsniveau sollen Voraussetzungen eines freieren Gemeinwesens sein – Hochmut spricht hieraus. Sicher ist: Jeder nutzte die Freiheit nach seinen Möglichkeiten, die wir ihm ermöglichen. Es bedarf keines vorausgehenden Bewußtseinswandels und dazu aufgelegter Umerziehungsprogramme. Ein Gemeinwesen, das die freie Entscheidung seiner Bürger zuläßt, das es ihnen überläßt, wie sie einen Beitrag leisten wollen, räumt mit dem Mythos auf, nur an Erwerbsarbeit könne der Einzelne wachsen.

Müller folgt einem verbreiteten Klischee, wenn er schreibt: „Wer muß in dieser schönen neuen Welt der arbeitslosen Grundeinkommen noch arbeiten und wer hat das *Vergnügen* (Heraushebung SL), sich nur der Muse hinzugeben. Der Sturm auf die arbeitslosen Grundeinkommen wäre vermutlich ziemlich groß“. Müßiggang versteht er als Amusement und nicht als Krise, als einen Innovationsraum. Vergnügen war nie die Grundlage für Innovation. Daß nur dort, wo die Arbeitsverpflichtung ruft, etwas schöpferisch entstehe, ist nicht weit von der gegenwärtigen Propaganda entfernt, der Einzelne könne ohne Arbeit kein Seelenheil finden, deswegen sei „sozial, was Arbeit schafft“.

Als sei nicht schon immer intrinsische Motivierung, „das Immaterielle“ (Götz Werner), für berufliches Engagement entscheidend gewesen, heute mehr denn je. Was ist dieses Immaterielle? Ein Beruf verbindet sich im besten Fall mit einer Neigung, mit Neugierde und der Bereitschaft, einem dem Individuum übergeordneten Zweck zu dienen, sei es im öffentlichen Dienst oder der Privatwirtschaft. Auf diese Bereitschaft müssen Arbeitgeber schon immer setzen, sie ist eine Voraussetzung, die sie nicht erschaffen können. Sie zu fördern, ihr entsprechende Entfaltungsbedingungen zu geben, ist entscheidend. Engagement wird nur dort gedeihen, wo Vertrauen in diese Bereitschaft herrscht und es nicht durch die Formel „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ zerstört wird. An dieser Stelle nun argumentiert Müller genauso wie die etablierten Vertreter der öffentlichen Debatte, egal welcher Provenienz: „Vorfahrt für Arbeit“. Dahinter steckt allerdings etwas, das unser Gemeinwesen bis heute prägt: im Zweifelsfall nämlich dem Einzelnen zu mißtrauen. Dabei gäbe es kein demokratisches Gemeinwesen, vertrauten wir ihm faktisch nicht doch erheblich. Wir können gar nicht anders, wollen wir unsere Demokratie nicht beseitigen.

Keineswegs notwendig ist die Schlußfolgerung, unter Bedingungen eines Grundeinkommens, gäbe es kein Wachstum mehr – da hat Müller völlig recht. Das Grundeinkommen wird die wirtschaftliche Dynamik nicht schwächen, es wird sie stärken. Denn, wo Freiheit, der freie Entschluß, Grundlage jeder Berufswahl wäre, dort bestünde die größte Chance, daß persönliche Neigungen und Neugierde mit beruflichen Anforderungen schöpferisch sich verbänden. Darum muß es uns doch zu tun sein. Nicht Sonntagsreden über Innovation benötigen wir – Bedingungen, unter denen die Chance einer solchen Kultur aus Freiheit erwächst, darin kündigt sich unsere Zukunft an.

Es kann kein Zweifel bestehen: wo keine Werterzeugung, gibt es auch keine Wertverteilung, also Einkommen. Wer würde widersprechen, doch an der Werterzeugung mangelt es gar

nicht. Von einer Schwäche in dieser Hinsicht kann doch kaum die Rede sein. Auch vertritt der von Müller zitierte Volker Koehnen keineswegs, daß Erwerbsarbeit verboten werden sollte oder abgeschafft gehöre. Selbstverständlich wird sie fortbestehen, doch auf anderer Grundlage. Es spricht nichts dafür, daß die Bürger aus freiem Entschluß den ganzen Tag fernsehen würden – manche mögen es tun, sie hätten die Freiheit dazu. Wer ernsthaft glaubte, Untätigkeit regiere die Welt, der sollte für eine Abschaffung der Demokratie plädieren, das wäre wirklich konsequent. Schon heute hingegen spricht alles für das Gegenteil. Eine große Bereitschaft, sich zu engagieren, besteht. Gäbe es unser Vereinswesen, unsere Parteien, zahlreiche karitative Einrichtungen ohne dieses Engagement, um nur naheliegende Beispiele zu nennen? Weshalb sollte es nicht zunehmen, wenn die Freiheit vom Zwang zur Erwerbsarbeit bestünde? Warum sollte die Bereitschaft, sich andere Wege zu suchen als die Herkömmlichen, nicht wachsen? Hiervor scheint es manchem zu grauen.

Abwegig ist die Überlegung, Erwerbsarbeit sei das tragende Fundament unseres Gemeinwesens. Vielmehr ist umgekehrt ein starkes Gemeinwesen das Fundament für berufliches Engagement und damit für eine florierende Wirtschaft. Wollen wir also unser Gemeinwesen stärken, müssen wir die Bürger stärken, ihnen die Freiheit zur Entscheidung geben. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre in dieser Hinsicht radikal: denn es vertraute darauf, daß der Einzelne seinen Beitrag leisten will.

Deswegen stehen wir heute auch gar nicht vor der Frage: Wie schaffen wir Arbeitsplätze, damit die Arbeitslosigkeit reduziert wird? Wir stehen vielmehr vor der Frage: Wie wollen wir leben und was sind dafür die Voraussetzungen? Wenn wir Einkommen ohne Arbeitsleistung gewähren, wäre Arbeitslosigkeit nämlich gar kein Problem. Wollen wir eine innovative Wirtschaft, ein starkes und solidarisches Gemeinwesen, daß Eigeninteresseverfolgung fördert, ein Bildungswesen und Universitäten, die in Neugierde und Erkundungsdrang ruhen – dann ist die Freiheit der Bürger unerläßlich. Wir können sie eröffnen, wenn wir diese Freiheit ergreifen wollen.

Müllers Ausweg weist vollends in die Vergangenheit: „Wer als Politiker nicht mehr dafür sorgt, beziehungsweise schon das Ziel aufgibt, möglichst allen Menschen eine berufliche Perspektive und einen Arbeitsplatz zu geben, der wird ihre Herzen nicht für ökologische Anliegen zu öffnen vermögen.“ Statt den Bürgern einen „Arbeitsplatz zu geben“, sollten wir Entscheidungsmöglichkeiten schaffen. Ob dann wirklich jeder sein Heil in Erwerbsarbeit finden will, das werden wir sehen, in die Vernunft des Bürgers können wir vertrauen.

Es ist ein Unterschied ums Ganze, ob man sich für etwas engagiert, weil man es will – und damit einen Beitrag zum Gemeinwohl leistet – oder weil man es muß, um ein Einkommen erzielen zu können. Wo aber die Wahlfreiheit ermöglicht ist, kann jeder selbst entscheiden, wie er seinen Beitrag leisten will. Entscheidungsfreiheit, wirkliche Freiheit der Bürger nur wird uns eine Zukunft eröffnen, die aus den Problemen der Gegenwart hinausführt.

Sascha Liebermann ist Mitbegründer der Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ (www.freiheitstattvollbeschäftigung.de)